

Zeitschrift: bulletin.ch / Electrosuisse

Herausgeber: Electrosuisse

Band: 97 (2006)

Heft: 20

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Stadtwerke bauen eigene Kraftwerke

(vdew) Über ein Viertel der deutschen Stadtwerke plant zurzeit, ein eigenes Kraftwerk zu bauen oder sich an einem Kraftwerksneubau zu beteiligen. Das ergab eine Untersuchung der Unternehmensberatung Ernst & Young und des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft (VDEW), Berlin. «Der Stromerzeugungsmarkt ist inzwischen auch für neue Anbieter interessant geworden. Der Wettbewerb funktioniert», so der VDEW. Über ein Viertel der gegenwärtig geplanten beziehungsweise im Bau befindlichen Kraftwerke gehe auf Aufträge aus dem Bereich der Stadtwerke und regionalen Energieversorger zurück.

Die Strombörsen in Leipzig werde in der Zukunft eine immer wichtigere Rolle spielen. 45% der befragten Unternehmen gaben an, dass sie künftig von dort einen Teil ihres Stroms beziehen wollen. Mit der Strombörsen haben viele Energieversorger die Möglichkeit, ihre Preise flexibler zu gestalten und ihren Kunden eine günstige Stromversorgung zu bieten.

Gegenwärtig produzieren laut Studie 11% der Stadtwerke Strom in eigenen Erzeugungsanlagen. Weitere 10% würden gemeinsam mit anderen Elektrizitätsunternehmen ein Kraftwerk betreiben. Drei Viertel der Unternehmen unterhalten dagegen keine eigenen Kraftwerke oder sind an anderen Stromerzeugungsanlagen beteiligt.



Viele deutsche Stadtwerke planen zurzeit, ein eigenes Kraftwerk zu bauen (Bild Kraftwerk der Stadtwerke Frankfurt/Oder).



Auch der überdurchschnittlich heiße Sommer in diesem Jahr wird für einen höheren Stromverbrauch sorgen, insbesondere durch den Einsatz von Klimaanlagen (Bild Throm).

Stromverbrauch von Raumklimageräten steigt rapide an

(aea) Die Europäische Richtlinie zum Ecodesign energiebetriebener Produkte will Konsumenten helfen, umweltfreundliche Produkte von weniger umweltfreundlichen Produkten zu unterscheiden. Zu den relevanten Umweltauswirkungen zählen der Energie- und Wasserverbrauch, Geräuschemissionen und die Wiederverwertbarkeit von Bauteilen. Intention der neuen Richtlinie ist es, beim Design von Verbrauchsgütern den ökologischen Produkteigenschaften Priorität einzuräumen.

Zu den in der Richtlinie berücksichtigten Produktkategorien zählen auch die Raumklimageräte. Seit fast zwei Jahren existiert das EU-Energieeffizienz-Label für Raumklimagerä-

te mit einer Kühlleistung von weniger als 12 kW. Der in der EU durch Klimageräte dieser Größenordnung verursachte Energieverbrauch steigt jedoch weiterhin rapide an: Einer Schätzung zufolge belief er sich 2005 in den EU-15 auf mehr als 20 TWh. Zum Vergleich: Das entspricht immerhin rund einem Drittel des jährlichen Gesamtstromverbrauchs in der Schweiz.

Genehmigungs-praxis kann zu Konzentration auf dem Strommarkt führen

(vd) Sollte die von der Bundesnetzagentur begonnene Praxis der Netzentgeltgenehmigungen jetzt Schule machen, würde dies nach Einschätzung des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) zu einer verstärkten Konzentration auf dem Strommarkt führen. Nach einer aktuellen Modellberechnung des Branchenverbandes müsste ein Stadtwerk mit 125 000 Kunden infolge der Netzentgeltregulierung seine Kosten bis zum Jahr 2015 um rund 65% senken. Solche Kostensenkungen seien nicht umsetzbar, so der VDEW in einer Pressemitteilung.

Der Blitzableiter



Autos ernähren?

Die Europäische Union (EU) will bis Ende dieses Jahres zwei Prozent ihres Ölverbrauchs durch Biodiesel ersetzen und dann kontinuierlich den Biodieselanteil steigern auf sechs Prozent bis zum Jahr 2010 und 20 Prozent bis 2020. Um dies zu erreichen, zahlt die EU den Bauern Beihilfen von 45 Euro je Hektar, wenn sie Energiepflanzen anbauen. Biotreibstoffe stellt man aus Pflanzenölen, Ernteresten oder Holz her, und sie dienen zum Antreiben von Autos, Bussen oder Lastwagen. Ihre Verbrennung entlässt genauso viel Kohendioxid in die Atmosphäre, wie die Pflanzen während ihres Wachstums ihr entzogen hatten. Deshalb wird der Umstieg von fossilen Brennstoffen auf Biodiesel oder Bioalkohol als die Lösung für den Klimawandel verkauft. Die Welt ist begrenzt. Das heißt, wenn eine Gruppe von Leuten ihre eigenen Interessen verfolgt, beschränkt sie die Interessen der anderen. Es gibt kaum ein besseres Beispiel für diesen Zusammenhang als der gegenwärtige Enthusiasmus für «Biotreibstoffe». Es besteht jedoch die Gefahr, dass am «Markt» mehr Geld da ist, um Autos zu ernähren statt Menschen.

B. Frankl/Bionachrichten

Stromausfall legt Tokio lahm

(wz) Der Unfall eines Baukrans hat am 14. August in weiten Teilen Tokios den Strom ausfallen lassen. Betroffen waren 1,4 Millionen Haushalte in der japanischen Hauptstadt und der Präfektur Chiba. Züge und U-Bahnen fuhren nicht, rund 900 Lifte blieben stecken. Es war dies der zweitschwerste «Blackout» in der Geschichte Japans. Nach drei Stunden konnte die Stromversorgung wiederhergestellt werden.



Züge und U-Bahnen fuhren nicht, rund 900 Lifte blieben stecken (Bild Zaimu Metro Tokyo).

Windkraft-Dilemma in Schottland

(ptx) Auf der nördlichsten Hebriden-Insel Lewis haben Pläne zum Bau des grössten Onshore-Windparks die Bevölkerung entzweit: Die einen sehen Chancen, zum Nabelpunkt Erneuerbarer Energien in Europa zu werden, die anderen fürchten um den Verlust der seit Jahrhunderten unveränderten und geschützten Torfmoorlandschaft. Hunderte riesige Turbinen, jede 140 Meter hoch, sollen mehr als 1000 Megawatt Leistung erbringen.



Windpark auf den Hebriden (Projekt).

Einigung bei EU-Atomforschungsprogramm

(a) Die EU-Forschungsminister haben am 24. Juli in Brüssel nach langen Verhandlungen eine Einigung auf das rund 4 Mrd. Euro schwere EU-Atomforschungsprogramm Euratom für die nächsten sieben Jahre erzielt.

Österreich, das sich als einziges Land bis zuletzt quer gelegt hatte, konnte sich mit seiner Forderung durchsetzen, dass die Mittel, die in die so genannte gemeinsame Forschungsstelle zur Erforschung einer neuen Reaktorenregeneration fliessen, «ausschliesslich» für Bereiche verwendet werden, die der Sicherheit und

Sicherheitsmassnahmen dienen können. Frankreich und Grossbritannien hatten sich ursprünglich gegen die Einschränkung gewehrt.

Von den rund 580 Millionen Euro, die in der EU ab 2007 jährlich in die Atomforschung fliessen, seien rund 70% der Mittel für den neuen, in Frankreich angesiedelten internationalen Kernfusionsreaktor ITER vorbehalten und die restlichen 30% nun nur für Sicherheitsforschung. Laut Diplomaten habe Frankreich vor allem zugesagt, um Verzögerungen bei ITER zu verhindern.

Wasserkraft könnte in Deutschland zwei Kernkraftwerke ersetzen

(ss) Durch Sanierungen von Altanlagen, Optimierungen und Neubau von Wassertriebwerken könnte in Deutschland zusätzlich die Elektrizitätsmenge von zwei durchschnittlich Kernkraftwerken geliefert werden. 17 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr oder: Genug für den privaten Stromverbrauch von Baden-Württemberg. So die Einschätzung der «Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke Baden-Württemberg eV». Wasserkraft gilt in Fachkreisen als die Kraftquelle mit der grössten Jahresstromproduktion unter den Erneuerbaren Energien in Deutschland: rund 20 bis 25 Milliarden Kilowattstunden Netzeinspeisung pro Jahr, hergestellt in knapp

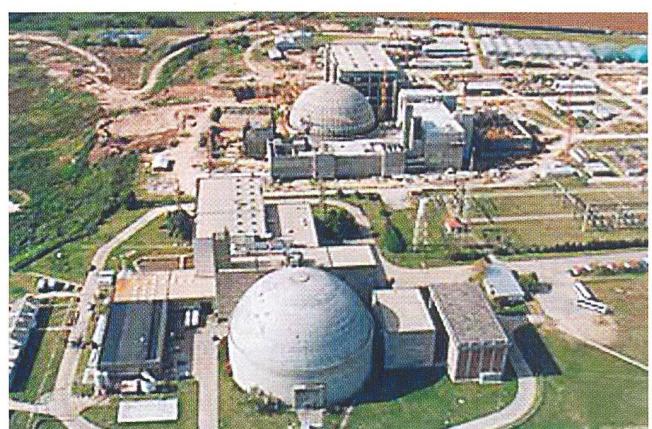
8000 Wassertriebwerken zwischen Waterkant und Watzmann.

Zürcher Regierung verlangt mehr Transparenz für ein Tiefenlager

(z) Der Zürcher Regierungsrat fordert vom Bund mehr Transparenz beim Auswahlverfahren für den Standort eines geologischen Tiefenlagers zur Entsorgung radioaktiver Abfälle in der Schweiz. Der Regierungsrat beanstandet in einem Schreiben an den Bund, dass die im Sachplan vorgesehenen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und raumplanerischen Kriterien für die Beurteilung eines möglichen Standortes zu wenig konkret formuliert werden. Er fordert, dass der Sachplan vor der Anhörung in inhaltlicher und formaler Art überarbeitet und ergänzt wird.

Argentinien will Kernkraft ausbauen

(tg) Argentinien will in die Kernkraft investieren und die in den 80er-Jahren eingestellte Anreicherung von Uran wieder aufnehmen. Zunächst würden umgerechnet 450 Mio. Euro für die Fertigstellung des 750-MW-KKW Atucha II bereitgestellt, so Planungsminister De Vido. Zudem werde die Nutzungsdauer des KKW Embalse verlängert und die Planungen für den Bau eines vierten KKW mit 1000 MW begonnen. Insgesamt



KKW Atucha soll fertiggestellt werden (Bild IAEA).

samt würden in den kommenden acht Jahren umgerechnet 2,75 Mrd. Euro in die Kernkraft investiert.

Versorgungssicherheit als gesamteuropäische Aufgabe

(vdew) Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) unterstützen die Absicht der Europäischen Kommission, eine gemeinsame Energiepolitik der Europäischen Union zu entwickeln. Diese könnte einen zusätzlichen Beitrag zu einer erhöhten Versorgungssicherheit der Gemeinschaft leisten. Eine stärkere Technologieförderung und ein möglichst breiter Energiemix mit allen Optionen müssten dabei im Mittelpunkt stehen. Das betonten BDI-Präsident Gernot Schaefer und VDEW-Präsident Werner Brinker in Brüssel.

Mit dem Grünbuch der Europäischen Kommission für eine europäische Energiestrategie habe nun eine ernsthafte Debatte begonnen. «Da die Unternehmen im Strommarkt zunehmend in ganz Europa agieren, brauchen wir langfristig verlässliche und berechenbare Rahmenbedingungen», erklärte Brinker. «Dies erfordert ein gesamteuropäisches «one-level-playing-field» mit klaren, transparenten und einfach anwendbaren Regeln.» Auf diese Weise werde auch künftig eine

sichere und umweltverträgliche Energieversorgung möglich.

«Grundvoraussetzung dafür ist mehr Markt in Europa», erläuterte Schaefer. Deshalb müsste sich die Energiepolitik in Europa auf das ordnungspolitische Leitbild von Markt und Wettbewerb rückbesinnen. «Die Europäische Union sollte die Rahmenbedingungen setzen und die Ausgestaltung Ländern sowie Unternehmen überlassen», sagte Schaefer. Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie müsse Eckpfeiler der Strategie für nachhaltige Entwicklung sein. Staatliche Eingriffe würden noch immer zu Wettbewerbsverzerrungen und Standortnachteilen für Unternehmen führen. Das europäische Energiepreisniveau müsse auf das Weltmarktniveau zurückgeführt werden.

Steigende Energieholznutzung

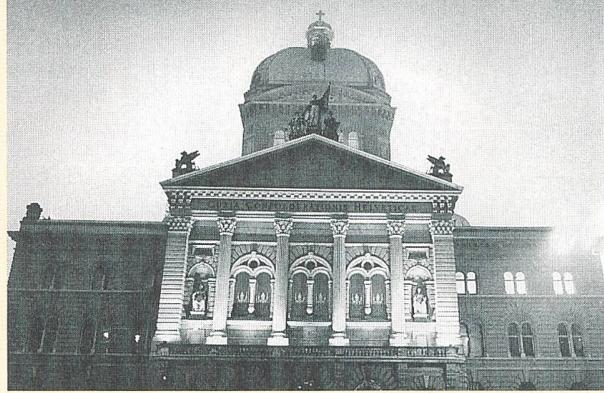
(bafu) Im Jahr 2005 wurden in den Schweizer Wäldern 5,3 Millionen Kubikmeter Holz generiert. Dies sind rund 120 000 Kubikmeter (+2,2%) mehr als im Vorjahr, und 750 000 Kubikmeter (+16,6%) mehr als in der Periode 1995 bis 1999 vor dem Sturm Lothar. Höhere Holznutzungen bei leicht gestiegenen Preisen haben 2005 die Jahresrechnungen der Forstbetriebe positiv beeinflusst.

Einheimisches Holz als Rohstoff und Energieträger wird in der Schweiz wieder vermehrt



Steigende Preise auch für Energieholz (Bild FH Eberswalde).

Energienotizen aus Bern



Forte demande de bois-énergie

En 2005, on a récolté 5,3 millions de mètres cubes de bois dans les forêts suisses, soit environ 120 000 mètres cubes de plus (+2,2%) que l'année précédente et 750 000 mètres cubes de plus (+16,6%) que durant la période 1995 à 1999, avant l'ouragan Lothar. Cette augmentation, accompagnée d'une légère hausse des prix, a influencé positivement les comptes 2005 des entreprises forestières.

La statistique forestière 2005, élaborée par l'Office fédéral de la statistique (OFS) et l'Office fédéral de l'environnement (OFEV), montre qu'il y a un regain d'intérêt en Suisse pour le bois indigène comme matière première et source d'énergie.

L'augmentation de la récolte de bois en 2005 est principalement liée à la demande croissante de bois-énergie induite par la hausse des prix de l'énergie. La vente de bois-énergie a augmenté de 9% par rapport à l'année passée pour atteindre 1,25 million de mètres cubes, soit 23,7% de l'ensemble des exploitations.

Beratung von Strommarkt-, Elektrizitäts- und Energiegesetz

(ef) Die UREK-Ständerat hat sich am 24. und 25. August 2006 mit dem Bundesgesetz über die Stromversorgung, der Revision des Elektrizitätsgesetzes und der Revision des Energiegesetzes befasst. Die für die zweitägige Sitzung traktandierte Beratung über die Umsetzung des CO₂-Gesetzes wurde aus zeitlichen Gründen auf September 2006 verschoben.

geschätzt. Dies zeigt die Forststatistik 2005 des Bundesamtes für Statistik BFS und des Bundesamtes für Umwelt BAFU.

Die höheren Holznutzungen im Jahre 2005 sind weitgehend auf das Energieholz zurückzuführen, das unter dem Einfluss der steigenden Energiepreise vermehrt nachgefragt wurde. Gegenüber dem Vorjahr nahm der Energieholzverkauf aus dem Wald um 9% auf 1,25 Mio. Kubikmeter zu. Dies entspricht 23,7% der Gesamtnutzung.

Gemäss der Holzpreisstatistik des BFS sind in der Periode September bis Dezember 2005 gegenüber der Vorjahresperiode die Rohholzpreise deutlich gestiegen: Beim Sägerundholz stiegen die Preise um 4,3%, beim Industrieholz um 3,7% und beim Energieholz um 3,8%. Der Trend steigender Holzpreise hat sich auch im ersten Quartal 2006 fortgesetzt: Sägerundholz +6,5%, Industrieholz +6,7%, Energieholz +3,0% (gegenüber dem ersten Quartal 2005).